

Entweder oder?

Wertebasierte Realpolitik: Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Werteorientierung und realpolitischen Anforderungen

Andrea Rotter

*„Trumps Wirklichkeit [ist] die Welt der Machtpolitik, in der die Starken tun, was sie wollen, und die Schwachen – selbst verbündete Nationen – tun, was sie müssen.“
(Ivo Daalder, 5. Februar 2025)¹*

*„Das, was wir liberale Weltordnung genannt haben, steht nun von vielen Seiten unter Druck, auch im Inneren des politischen Westens. Ein neuer Systemkonflikt ist bereits ausgebrochen zwischen liberalen Demokratien und einer Achse der Autokratien, die sich stützt und den offenen Systemwettbewerb zu unserer Demokratie geradezu sucht.“
(Bundeskanzler Friedrich Merz, 9. September 2025)²*

1. Einleitung

Werteorientierte oder interessengeleitete Außenpolitik? – eine dichotomisch formulierte Frage, die seit Jahrzehnten den außenpolitischen Diskurs in Deutschland prägt und oftmals suggeriert, Deutschland könne nur einer dieser beiden Maximen folgen. Diese Zuspitzung findet sich auch in der wissenschaftlichen Analyse und in den Theorien der Internationalen Beziehungen wieder: Während realistische Perspektiven Macht und Interessen in den Mittelpunkt staatlichen Handelns stellen, verweisen liberale und konstruktivistische Ansätze auf den Einfluss von Normen, Institutionen, Werten und Identitäten.³

Lange Zeit dominierten realistische Theorien die wissenschaftliche Auseinandersetzung, doch stießen diese spätestens mit Blick auf Deutschlands Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges an ihre Grenzen: Anstatt nach der Wiedervereinigung, wie von europäischen Nachbarn vielfach befürchtet, nach Macht und Hegemonie zu streben, orien-

1. Übersetzung der Autorin von Daalder 2025.

2. Bundesregierung 2025b.

3. Die prominentesten Vertreter von Realismus und Neorealismus sind Hans Morgenthau und Kenneth Waltz. Während Morgenthau die Wurzeln staatlichen Verhaltens in der menschlichen Natur und dem daraus abgeleiteten Streben nach Macht als objektives Gesetz sieht, das wenig Spielraum für moralisch motivierte Zielsetzungen mit sich bringt, steht im Neorealismus von Waltz das anarchisch geprägte internationale System im Mittelpunkt außenpolitischen Handelns, das primär von einem Streben nach Sicherheit und dem Aufbau von hierfür entscheidenden Machtressourcen geprägt ist. Im Liberalismus nach Andrew Moravcsik ist nicht das internationale System der zentrale Antrieb staatlichen Handelns, sondern die „Innenseite der Außenpolitik“ – die gebündelten Präferenzen gesellschaftlicher Akteure. Konstruktivistische Theoriemodelle, die unter anderem von Alexander Wendt vertreten werden, sehen internationale Politik als soziales Konstrukt, das durch Ideen und Identitäten geprägt ist und aus dem kulturspezifische Interessen abgeleitet werden (vgl. Krell et al. 2009; Morgenthau 1948; Waltz 1979; Moravcsik 1997; Wendt 1992).

tierte sich Deutschland an historisch gewachsenen normativen Grundprinzipien – also an Werten – in der Außenpolitik, die der Bundesrepublik in der Wissenschaft den Charakter einer „Zivilmacht“⁴ verliehen – gekennzeichnet durch militärische Zurückhaltung, eine Präferenz für nicht-militärische Mittel sowie eine ausgeprägte Verpflichtung zu Multilateralismus und den Prinzipien des Völkerrechts. Diese Wertvorstellungen dienten und dienen in der politischen Praxis sowohl als Orientierungsrahmen außenpolitischen Handelns für politische Entscheidungsträger als auch zur Legitimation politischer Entscheidungen nach innen und außen.

Während sich wissenschaftliche Analysen meist auf einen theoretischen Ansatz festlegen, zeugen die vergangenen drei Jahrzehnte in Deutschland von einem intensiven Ringen in der öffentlich-medialen Debatte zwischen Werten und Interessen als Grundlage für deutsche Außenpolitik und über die Wahl akzeptabler Mittel zur Zielerreichung: von Deutschlands „Scheckbuchdiplomatie“, den damals umstrittenen Auslandseinsätzen der Bundeswehr und dem Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler⁵, bis hin zu Versprechungen einer verantwortungsvolleren Rolle in der internationalen Politik und schließlich zu substantiellen Waffenlieferungen an die Ukraine.⁶ Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine seit 2022 hat die Frage nach Bedeutung und Gewichtung von Werten und Interessen erneut an Brisanz gewonnen, ohne jedoch notwendigerweise ihren dichotomischen Charakter zu verlieren.

Angesichts der internationalen Sicherheitslage – geprägt durch die zunehmende sicherheitspolitische Bedrohung durch Russland, die Rückkehr von (Groß-)Machtpolitik, einen sich verschärfenden Systemkonflikt zwischen Demokratien und autoritären Regimen sowie einer zunehmenden Erosion der liberalen Weltordnung – wäre es allerdings ein Trugschluss, Werte und Interessen gegeneinander auszuspielen. Gerade im Kontext von Machtpolitik und der Unterminierung normativer Grundprinzipien liegt die Verfolgung und Durchsetzung von Werten in der internationalen Politik, sei es die Achtung völkerrechtlicher Grundsätze oder Verlässlichkeit als Bündnispartner, im berechtigten außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik – ein Interesse, das wie alle anderen Interessen auch, im Einzelfall im Sinne einer wertebasierten Realpolitik gegenüber konkurrierenden Zielen abgewogen werden muss.

2. Jenseits der Norm: Deutschland als Zivilmacht

Während die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer zentralen geopolitischen Lage lange Zeit als potentieller Frontstaat im Kalten Krieg galt, veränderte sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion (UdSSR) das internationale Umfeld Deutschlands schlagartig. Aus der Wiedervereinigung ging Deutschland zudem als eines der größten und zugleich bevölkerungsreichsten Länder im Herzen Europas hervor.⁷ Deutschlands Nachbarn sahen

4. Maull 1990.

5. Bundespräsident Horst Köhler trat 2010 nach Kritik an einer Äußerung von ihm zurück, wonach auch „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig [sei], um unsere Interessen zu wahren“ (vgl. Süddeutsche Zeitung 2010).

6. Vgl. Rotter 2023.

7. Vgl. Banchoff 1999.

sich folglich mit einem deutlich mächtigeren deutschen Staat konfrontiert, der nicht länger durch die Blockkonfrontation und die von der UdSSR ausgehenden Bedrohung gebunden war.⁸

Viele Politikwissenschaftler, allen voran Vertreter der lange Zeit dominierenden Theorie des Neorealismus nach Kenneth Waltz, prognostizierten, dass sich Deutschland ähnlich wie andere Staaten im anarchisch geprägten internationalen System verhalten würde: Es würde versuchen, seine nationalen Interessen durch die Anhäufung von Machtinstrumenten und gegebenenfalls die Anwendung militärischer Gewalt auf selbstbewusste, oftmals unilaterale Weise durchzusetzen.⁹ Unabhängig von diesen wissenschaftlichen Einschätzungen standen auch Deutschlands Nachbarstaaten einem erstarkten Deutschland äußerst skeptisch gegenüber – Ängste vor einem abermals „aggressiven teutonischen Staat“¹⁰ und einer Neuauflage des „German Problem“¹¹ wurden insbesondere in den Verhandlungen zur Wiedervereinigung deutlich.

Entgegen dieser neorealistischen Annahmen und Befürchtungen angrenzender Staaten überraschte die deutsche Außenpolitik jedoch Expertinnen und Experten: Trotz der geographischen Lage, Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Stärke des wiedervereinigten Deutschlands strebte die Bundesrepublik nicht abermals nach ihrem Großmachtstatus und zeigte sich zurückhaltend in der Durchsetzung ihrer nationalen Interessen auf internationalem Parkett. Stattdessen etablierten sich die Charakterisierungen Deutschlands als „Zivilmacht“¹² oder „gezähmte Macht“¹³, um die Außenpolitik Berlins zu beschreiben. Die historischen Erfahrungen und die Ablehnung seiner militärischen Vergangenheit prägten maßgeblich die Entwicklung von Deutschlands strategischer Kultur, also allgemein das ideale Reservoir gesellschaftlich wie politisch akzeptabler außen- und sicherheitspolitischer Handlungsmuster.

Dieser Referenzrahmen war und ist weitestgehend gekennzeichnet durch eine Kultur der sicherheitspolitischen Zurückhaltung, die sich in einer ausgeprägten Skepsis gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt sowie in einer weit verbreiteten pazifistischen Grundhaltung der Bevölkerung äußert. Damit geht eine Präferenz für nicht-militärische Instrumente der internationalen Politik einher, die der Nutzung politischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Mittel Vorrang einräumt.

Deutschlands Vergangenheit verpflichtet zudem unter dem Grundsatz „Nie wieder“ zu einer Außenpolitik des Schutzes von Menschenrechten, der Wahrung des internationalen Rechts und der Förderung von internationalem Frieden und Stabilität. Darüber hinaus prägt der europäische Integrationsprozess, der zur Befriedung des europäischen Kontinents und Rehabilitation Deutschlands beitrug, die deutsche strategische Kultur. Das Schlagwort „Never alone“ beschreibt die Abkehr von einem deutschen Sonderweg und stellt Multilateralismus, Allianzsolidarität und eine starke euro-atlantische Partnerschaft in den Mittelpunkt deutscher Außenpolitik.

8. Vgl. Dalgaard-Nielson 2006; Giegerich, 2006.

9. Vgl. Duffield 1998.

10. Ebd., S. vii.

11. Banchoff 1999, S. 175.

12. Maull 1992.

13. Katzenstein 1997, S. 6.

Diese normativen Leitlinien erwiesen sich lange Zeit als relativ stabil, auch wenn ein gradueller Entwicklungsprozess über die letzten Jahrzehnte stattfand: Von Deutschlands „Scheckbuch-Diplomatie“ in den 1990er Jahren, den ersten Auslandseinsätzen der Bundeswehr bis hin zum Engagement in Afghanistan oder Mali lässt sich ein Wandel von Deutschlands strategischem Denken feststellen. So sprach sich der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier 2014 klar dafür aus, dass Deutschland bereit sein müsse, „sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen“ und dass „eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden“ dürfe.¹⁴

Gleichzeitig wurde in innenpolitischen Debatten, beispielsweise im Kontext des Kosovo-Krieges 1999 oder der deutschen UN-Enthaltung bei der Libyen-Intervention 2011, immer wieder deutlich, dass Deutschlands tief verwurzelte Kultur der militärischen Zurückhaltung und die Grundsätze „Nie wieder“ und „Never alone“ zunehmend in ein Spannungsverhältnis gerieten und zentrale normative Prinzipien deutscher Außenpolitik kollidierten: zwischen dem Anspruch, militärische Mittel grundsätzlich zu vermeiden, der Verpflichtung zu Bündnissolidarität und der Wahrung des internationalen Völkerrechts. Rufe nach mehr deutscher Verantwortung, besonders wenn diese an militärisches Engagement geknüpft sind, lösten nach wie vor kontroverse Diskussionen aus.¹⁵

3. Zäsur 2022: Russlands Angriffskrieg und Deutschlands Zeitenwende

Der Beginn der russischen Völlinvasion der Ukraine am 24. Februar 2022 stellt eine drastische Zäsur für die europäische Sicherheitsarchitektur im Allgemeinen und Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik im Besonderen dar. Russlands Angriffskrieg „markiert einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Kontinents“¹⁶, wie Kanzler Olaf Scholz in seiner „Zeitenwende“-Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 feststellte, und beendete die bis dahin vorherrschende Ansicht, Frieden und Sicherheit in Europa seien dauerhaft garantiert. In der Folge kam es zu einer Reihe bedeutender Veränderungen in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik:¹⁷

- ein tiefgreifender Kurswechsel in der Energiepolitik, um Deutschlands Abhängigkeiten von Russland zu verringern;
- ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, um schnell Fähigkeitslücken zu schließen;
- ein (erneutes) klares Bekenntnis zu Deutschlands Engagement in der kollektiven Abschreckung und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO, untermauert durch die Ankündigung, mehr als die damals noch als Richtschnur geltenden zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) in die Verteidigung zu investieren;
- ein klares Bekenntnis zur militärischen Unterstützung der Ukraine – und somit der Bruch eines politischen Tabus, Waffen in Konfliktregionen zu liefern.

14. Auswärtiges Amt 2014.

15. Vgl. Rotter 2023.

16. Bundesregierung 2022 a.

17. Vgl. ebd.

Nach Jahren der Friedensdividende und jahrzehntelanger Unterinvestitionen löste zwar Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim bereits im Jahr 2014 ein erstes Umdenken in Bezug auf Ausgaben, Material und Personal der Streitkräfte aus, doch blieb die Umsetzung in allen Bereichen weit hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurück. Die Vollinvasion im Jahr 2022 fügte hingegen ein neues Gefühl der Dringlichkeit hinzu, bestehende Annahmen über das Verhältnis zu Russland und Europas Sicherheit grundlegend zu überdenken. Nicht die jahrzehntelang gelebte sicherheitspolitische Zurückhaltung, sondern verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit im Sinne einer glaubwürdigen Abschreckung und Verteidigung rückte in den Vordergrund.

Wichtige strategische Dokumente, allen voran die Nationale Sicherheitsstrategie von 2022¹⁸, und nachfolgende politische Erklärungen spiegeln eine kritische Neubewertung der Rolle Deutschlands in der europäischen Verteidigung wider. Erklärte Zielformulierungen umfassen, die Bundeswehr zur „am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa“¹⁹ aufzubauen und als „Garant der konventionellen Verteidigung in Europa“²⁰ zu agieren – oder, wie es Verteidigungsminister Boris Pistorius angesichts des russischen Bedrohungspotentials auf den Punkt brachte, „bis 2029 kriegstüchtig“²¹ zu sein.

Damit markieren das Jahr 2022 und die eingeläutete Zeitenwende den Beginn eines tiefgreifenden Transformationsprozesses, dessen Umsetzung auch unter der neuen Merz-Regierung zugleich eine sicherheitspolitische Notwendigkeit sowie eine komplexe Herausforderung darstellt.

4. Zeitenwende 2.0 – Von Krisenreaktion zu strategischer Transformation

Trotz dieser ambitionierten Ziele hatte die Scholz-Regierung aufgrund interner Koalitionsstreitigkeiten und der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 nur wenig Zeit, die vorgesehenen Veränderungen nachhaltig umzusetzen. Vor dem Hintergrund eines viel diskutierten Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, das die europäischen Zweifel an der Verlässlichkeit der Trump-Administration in der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft verstärkte, stellte der damalige designierte Bundeskanzler Friedrich Merz, dessen CDU/CSU-Koalition die Bundestagswahl gewonnen hatte, mit Bestürzung fest: „Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss nun dasselbe auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes.“²²

In der Folge führte ein Konsens zwischen CDU/CSU, Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen – der außergewöhnlicherweise nach der Wahl, aber noch vor der Konstitution des neu gewählten Bundestages erzielt wurde, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes zu sichern – im März 2025 zu tiefgreifenden

18. Bundesregierung 2022b.

19. Bundeskanzler Olaf Scholz zitiert in Carstens und Wehner 2022.

20. Bundesregierung 2023.

21. Deutscher Bundestag 2024.

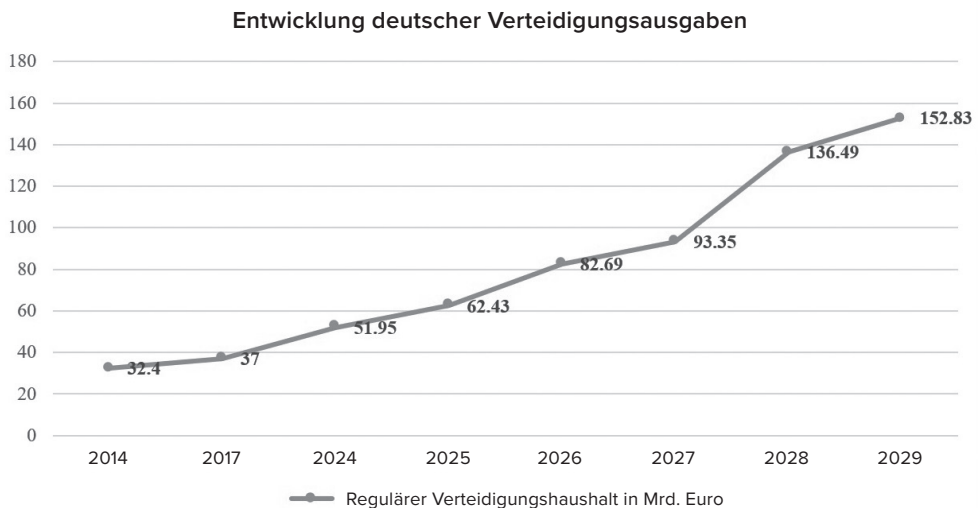
22. Friedrich Merz zitiert in CDU 2025.

Änderungen der deutschen Fiskalpolitik. Das beschlossene Paket nimmt die deutschen Verteidigungsausgaben von den Schuldenregeln aus, sofern sie ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigen, um Fähigkeitslücken der Streitkräfte zu schließen und den zivilen Schutz zu stärken. Darüber hinaus umfasst es einen kreditfinanzierten Fonds in Höhe von 500 Milliarden Euro, der über die kommenden zwölf Jahre in die Infrastruktur des Landes investieren und zur Wiederbelebung der angeschlagenen deutschen Wirtschaft beitragen soll.²³

Traditionell für seinen Fokus auf Haushaltsdisziplin bekannt, verpflichtete sich Deutschland damit zu umfangreichen Investitionen in die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr und leitete nach der (ersten) Zeitenwende von 2022 eine weitere tiefgreifende Transformation und strategische Neuausrichtung seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.

Durch die Erhöhung des regulären Verteidigungshaushalts („Einzelplan 14“) visiert die Merz-Regierung an, das neue NATO-Ziel, bis 2035 jährlich fünf Prozent des BIP für Verteidigung und Sicherheit auszugeben²⁴ bereits bis 2029 zu erreichen. Belief sich der deutsche Verteidigungshaushalt im Jahr 2025 noch auf insgesamt 86,37 Milliarden Euro, davon 62,43 Milliarden Euro für reguläre Verteidigungsausgaben und 24,06 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen, ist bis 2029 ein Anstieg bis auf 152,83 Milliarden Euro geplant (vgl. Abbildung 1) – nahezu fünfmal so viel wie noch im Jahr der Krimannexion 2014.²⁵

Abbildung 1: Entwicklung des regulären Verteidigungshaushalts



23. Vgl. ebd.

24. Die fünf Prozent setzen sich aus 3,5 Prozent für militärische Kernanforderungen und 1,5 Prozent für resilienzbezogene Ausgaben wie den Schutz kritischer Infrastruktur zusammen.

25. Deutscher Bundestag 2025; Bundesministerium der Verteidigung 2025 b.

Anhand des finanziellen Aufwuchses sollen einerseits schnell wichtige Fähigkeitslücken der Bundeswehr geschlossen sowie die deutsche und europäische verteidigungsindustrielle Basis gestärkt werden. Neben der Beschleunigung von Produktions- und Beschaffungsprozessen umfassen Prioritäten hierbei unter anderem die Schließung von Munitionslücken, die Stärkung der Luftverteidigung, die Modernisierung der Luftschlag- und Seefähigkeiten (einschließlich der nuklearen Teilhabe), den Aufbau von Fähigkeiten zum tiefen Präzisionsschlag, die Beschaffung von Drohnen und Loitering Munition für KI-optimierte, interoperable Aufklärung und Wirkung, den Ausbau der elektronischen Kampfführung, den Aufbau robuster offensiver und defensiver Weltraumfähigkeiten sowie den Schutz verteidigungskritischer Infrastruktur.²⁶

Andererseits liegt der Fokus auf dem personellen Aufwuchs der Streitkräfte: Aktuell umfasst die Bundeswehr 184.324 aktive Soldatinnen und Soldaten, nachdem die Wehrpflicht für Männer im Jahr 2011 ausgesetzt worden war.²⁷ Laut NATO-Verteidigungsplanungen wird Deutschland seine Streitkräfte auf mindestens 260.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 200.000 Reservistinnen und Reservisten vergrößern müssen. Nach intensiver gesellschaftspolitischer Debatte verabschiedete der Bundestag im Dezember 2025 ein Wehrdienst-Modernisierungsgesetz, das die aktiven Streitkräfte und die Reserve – zunächst auf freiwilliger Basis – vergrößern soll.²⁸ Gemeinsam mit den Anstrengungen im Rahmen einer Gesamtverteidigung wird deutlich, dass der strategische Transformationsprozess auch eine unabdingbare gesellschaftspolitische Dimension besitzt.

Internationale Kommentatoren zögerten seither nicht, Superlative wie „seismisch“²⁹ „historisch“³⁰ oder das „Erwachen des schlafenden Riesen“³¹ zu verwenden, um Deutschlands jüngsten Kurswechsel und dessen potenziell positiven Einfluss auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beschreiben. Zugleich bildet dieser die Grundlage für eine Neubewertung deutscher Interessen und Werte.

26. Vgl. Breuer in Politico 2025.

27. Vgl. Bundeswehr 2025.

28. Vgl. Bundesregierung 2025a.

29. Adler 2025.

30. Nöstlinger 2025.

31. Crawford 2025.

5. Neubewertung der Werte-Interessen Diskussion

Die seit 2022 – und verstärkt seit 2025 – getroffenen politischen Weichenstellungen gehen auch mit einer Neubewertung der Werte-Interessen-Dichotomie in der außenpolitischen Ratio der Bundesrepublik einher. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung von 2021 postulierte noch explizit eine „wertebasierte“³² Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die unter anderem in einer „feministischen Außenpolitik“³³ mündete. Doch schon vor dem Amtsantritt der Ampel-Regierung wurde eine zu stark betonte Werteorientierung, zum Beispiel in der Gestaltung entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, in ihrer praktischen Umsetzung oftmals als „moralisch“ oder „belehrend“ kritisiert – sowohl in Deutschland als auch im Ausland.³⁴

Angesichts der tiefgreifenden sicherheitspolitischen Umbrüche in Europa und der damit einhergehenden realpolitischen Zwänge ist im politisch-gesellschaftlichen Diskurs zu beobachten, dass die Betonung der Werteorientierung zugunsten einer stärker interessengeleiteten und fähigkeitsorientierten Strategie sichtlich in den Hintergrund tritt.³⁵ Allerdings wird hierbei nicht die zugrundeliegende Werteorientierung in Frage gestellt, sondern ihre oftmals von realpolitischen Rahmenbedingungen losgelöste Umsetzung.

Dies ist in großen Teilen in der Rückkehr klassischer Machtpolitik in den internationalen Beziehungen begründet, von der man glaubte, sie mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden zu haben.³⁶ Hans Morgenthau hielt fest, dass internationale Politik per se Machtpolitik sei.³⁷ Während Francis Fukuyama in seinem viel beachteten Werk *The End of History* das Ende traditioneller Großmacht Konkurrenz prognostizierte, haben die Entwicklungen der letzten Jahre – die Rückkehr des offenen Macht- und Systemwettbewerbs in der internationalen Politik – diese These nachhaltig widerlegt.³⁸

Vor dem Hintergrund der ernstzunehmenden Bedrohung durch Russland, der Unwägbarkeiten des transatlantischen Verhältnisses unter der zweiten Trump-Administration und eines sich verschärfenden Systemkonflikts zwischen Demokratien und Autokratien, betont die Merz-Regierung in ihrem Koalitionsvertrag die Relevanz von wirtschaftlicher und militärischer Stärke: „Voraussetzungen für eine starke deutsche Außenpolitik sind die eigene wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stärke sowie das integrierte Zusammenwirken von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“.³⁹ Damit verschiebt sich die Logik außenpolitischen Handelns noch deutlicher von normativen Bekenntnissen hin zu materiellen Voraussetzungen strategischer Handlungsfähigkeit. Machtpolitische Faktoren wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und militärische Kapazitäten als Basis eigener Sicherheit

32. SPD 2021, S. 113.

33. Auswärtiges Amt 2023.

34. Vgl. Downs 2019; Bröning 2020; Lau 2024; Sandschneider 2024.

35. Vgl. Kaim 2024.

36. Vgl. Major et al. 2025.

37. Vgl. Morgenthau 1949.

38. Vgl. Gibson 2022.

39. Verantwortung für Deutschland 2025, S. 125.

und Verteidigungsfähigkeit rücken stärker in den Vordergrund als zuvor oftmals priorisierte Soft-Power-Instrumente. Einen Bruch mit der Werteorientierung vollzieht sie jedoch nicht, sondern spricht sich für einen pragmatischen Ansatz in der Außenpolitik aus – für eine „wertegeleitete Interessenpolitik“.⁴⁰

Eine vollständig isolierte Betrachtung von Werten und Interessen ist ohnehin weder ratsam noch möglich, wie der Krieg in der Ukraine und Deutschlands Unterstützung Kyivs gegen die russische Aggression eindrücklich demonstrieren. Moskaus Angriffskrieg stellt einen fundamentalen Bruch des Völkerrechts dar – einen Bruch mit einem zentralen Leitprinzip in der internationalen Politik. Gleichwohl hat die sich die Bundesrepublik nicht allein zur Verteidigung dieses zentralen Wertes ihrer strategischen Kultur zum zweitgrößten Unterstützer der Ukraine nach den USA entwickelt.⁴¹ Vielmehr ist dies auch im unmittelbaren sicherheitspolitischen Interesse begründet, die Ukraine als erste Linie der Verteidigung gegen eine potentiell weitreichendere Aggression gegen NATO-Territorium zu stärken. Zwar ist die grundsätzliche Aufrechterhaltung des seit Ende des Zweiten Weltkrieges vorherrschenden normativen Fundaments der liberalen völkerrechtsbasierten Weltordnung, von dem Deutschland beispielsweise mit Blick auf Freihandel und anerkannte Regeln stark profitiert hat, an sich ein legitimes außenpolitisches Interesse. Die geopolitischen Umbrüche erfordern jedoch eine realpolitische Einschätzung, bei der die Priorisierung bestimmter Interessen und Zielvorgaben, wie der Erhalt des europäischen Friedens und der Stabilität sowie eine ausgewogenere Lastenverteilung innerhalb des nordatlantischen Bündnisses, im Vordergrund stehen.

Diese realistischere Einschätzung europäischer Sicherheit und die damit verbundenen Erfordernisse für Deutschland sind auch in den Augen der deutschen Bevölkerung legitimiert. Seit 2022 haben sich das Sicherheitsempfinden und die Bereitschaft zu internationaler Verantwortung innerhalb der deutschen Bevölkerung maßgeblich verändert. Russland wird mit einer starken Mehrheit als dringliche sicherheitspolitische Bedrohung wahrgenommen. Mehr als 60 Prozent der Deutschen unterstützen sowohl einen finanziellen als auch einen personellen Aufwuchs der Bundeswehr – einschließlich der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement innerhalb der NATO – von Bündnissolidarität durch die Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen, über atomare Abschreckung bis hin zu einer verstärkten deutschen Führungsrolle innerhalb der Allianz – werden in allen relevanten Aspekten mehrheitlich als notwendig erachtet. Gleichzeitig fordert eine Mehrheit der Deutschen vor dem Hintergrund der zweiten Trump-Administration mehr gemeinsame sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der EU und sieht hier zunehmend Deutschland in der Verantwortung.⁴²

40. Ebd., S. 127.

41. Vgl. Kiel Institut 2025.

42. Vgl. Graf 2025.

6. Wertebasierte Realpolitik als Schlussfolgerung

Während Theorien in der Wissenschaft Analysemodelle definieren, um staatliches Verhalten zu erklären, ist die internationale Politik jenseits von politikwissenschaftlichen Lehrbüchern deutlich komplexer. Dies zeigt sich besonders in der seit Jahren immer wieder geführten Debatte über Werte und Interessen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die häufig als „Entweder-Oder“-Dichotomie dargestellt wird. Historisch betrachtet hat sich Deutschland, maßgeblich geprägt durch seine Vergangenheit und die daraus hervorgegangene strategische Kultur, lange Zeit schwergetan, eigene außen- und sicherheitspolitische Interessen offen zu definieren oder durchzusetzen.

Zentrale wertorientierte Prinzipien deutscher Außenpolitik – militärische Zurückhaltung, der Schutz universeller Menschenrechte und ein mit Partnern abgestimmtes multilaterales Vorgehen – wurden dabei häufig als Selbstzweck verstanden oder als Entschuldigung für mangelndes Engagement herangezogen. Im Kontext der relativen sicherheitspolitischen Stabilität nach Ende des Kalten Krieges erwiesen sich die Friedensdividende und der Primat wirtschafts- und handelspolitischer Zielsetzungen bis auf graduelle Anpassungen als tragfähig. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine beendete diese Illusion jedoch schlagartig.

Im Zuge der seit 2022 eingeleiteten Kurskorrekturen, die nicht zufällig mit einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit Deutschlands außenpolitischer Strategiefähigkeit einhergingen, werden weniger die normativen Grundlagen deutscher Außenpolitik in Frage gestellt, sondern ihre Voraussetzungen kritisch beleuchtet. Umso mehr, wenn mit der zweiten Trump-Administration ein Grundpfeiler deutscher Außenpolitik ins Wanken gerät. Die Fähigkeit, die Werte der liberalen Weltordnung, von der Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges profitiert hat, unter Bedingungen klassischer Machtpolitik und verschärften Systemwettbewerbs zu schützen, stellt eines der zentralen sicherheitspolitischen Interessen dar. Dies impliziert kein „Entweder-Oder“, sondern eine Kompatibilität von Werten und Interessen, welche jedoch realpolitisch eingebettet und abgewogen werden müssen: so wertorientiert wie möglich, aber so realistisch wie nötig.

ANDREA ROTTER

ist Leiterin des Referats Außen- und Sicherheitspolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Literaturverzeichnis

- Adler, Katya: New German leader signals seismic shift in transatlantic relations, in: BBC, <https://www.bbc.com/news/articles/cpv4n0dg3v3o>, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Auswärtiges Amt: Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/140201-bm-muesiko-259554>, 2014, abgerufen am 18.12.2025.
- Auswärtiges Amt: Rede von Außenministerin Annalena Baerbock zur Vorstellung der Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-leitlinien-ffp-2585138>, 2023, abgerufen am 10.11.2025.
- Banchoff, Thomas: The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995, Ann Arbor 1999.
- Breuer, Carsten: Prioritäten zur Steigerung der Einsatz- und Verteidigungsbereitschaft, in: Politico, https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2025/05/25/250519_Prio_Redacted.pdf, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Bröning, Michael: Germans need to stop with the finger-wagging, in: Politico, <https://www.politico.eu/article/germans-need-to-stop-with-the-finger-wagging/>, 2020, abgerufen am 10.11.2025.
- Bundesministerium der Verteidigung: Entwicklung und Struktur des Verteidigungshaushalts, <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt-entwicklung-und-struktur-des-verteidigungsausgaben>, 2025 a, abgerufen am 30.12.2025.
- Bundesministerium der Verteidigung: Etat 2025 markiert historische Wende bei den Verteidigungsausgaben, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/etat-2025-markiert-wende-verteidigungsausgaben-5995182>, 2025b, abgerufen am 30.12.2025.
- Bundesregierung: Neuer attraktiver Wehrdienst beschlossen, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/neuer-wehrdienst-gesetzentwurf-2381580>, 2025 a, abgerufen am 30.12.2025.
- Bundesregierung: Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz zur Eröffnung der Botschafterkonferenz am 8. September 2025 in Berlin, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-friedrich-merz-2383688>, 2025 b, abgerufen am 07.11.2025.
- Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022, Bulletin der Bundesregierung (Nr. 25-2 vom 27. Februar 2022), <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2008580/b7348ec7b88380164f7873453c7b6758/25-2-bk-reg-erkl-data.pdf?download=1>, 2022 a, abgerufen am 07.11.2025.
- Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Europäischen Rat am 29./30. Juni 2023 vor dem Deutschen Bundestag am 22. Juni 2023 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung (Nr. Bulletin 72-1 vom 22. Juni 2023), <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2198328>, 2023, abgerufen am 30.12.2025.
- Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/index.html>, 2022b, abgerufen am 30.12.2025.
- Bundeswehr: Personalzahlen der Bundeswehr, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr>, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Carstens, Peter und Markus Wegner: Scholz will eine starke Armee, in: Frankfurter Allgemeine, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehrtagung-in-berlin-scholz-will-starke-armee-18322045.html>, 2022, abgerufen am 30.12.2025.
- CDU: Erste Einigung Union mit SPD: Was bedeutet das Milliardenpaket?, <https://www.cdu.de/aktuelles/aussen-und-sicherheitspolitik/erste-einigung-union-mit-spd-was-bedeutet-das-milliardenpaket/>, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Crawford, Alan: Trump Awakes Sleeping Giant Germany to Boost EU Defense, in: Bloomberg, <https://www.bloomberg.com/news/newsletters/2025-03-05/sleeping-giant-germany-finally-awakes-to-boost-eu-defense>, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Daalder, Ivo: Like it or not, the rules-based order is no more, in: Politico, <https://www.politico.eu/article/rules-danish-prime-minister-mette-frederiksen-us-president-donald-trump-greenland-power-politics/>, 2025, abgerufen am 07.11.2025.
- Dalgaard-Nielsen, Anja: Germany, Pacifism and Peace Enforcement, New York 2006.
- Deutscher Bundestag: Boris Pistorius: Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264>, 2024, abgerufen am 30.12.2025.
- Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Bundesregierung – Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029 (Drucksache 21/601), <https://dserver.bundestag.de/btd/21/006/2100601.pdf>, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Downs, Emily: German Moralism Irritates Allies: Defense Spending and Export Controls, in: American-German Institute, <https://americangerman.institute/2019/06/german-moralism-irritates-allies-defense-spending-and-export-controls/>, 2019, abgerufen am 10.11.2025.
- Duffield, John: World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions, and German Security Policy after Unification, Stanford 1998.
- Gibson, Meghan: Francis Fukuyama: We could be facing the end of “the end of history”, <https://www.newstatesman.com/encounter/2022/03/francis-fukuyama-on-the-end-of-the-end-of-history>, 2022, abgerufen am 06.01.2026.
- Giegerich, Bastian: European Security and Strategic Culture. National Responses to the EU’s Security and Defence Policy, Baden-Baden 2006.
- Graf, Timo: Deutschland in der militärischen Führungsrolle? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2025, in: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Forschungsbericht 139, <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/bevoelkerungsbefragung-2025-deutschland-fuehrungsrolle--5990790>, 2025, abgerufen am 05.01.2026.
- Kaim, Markus: Jeder ist sich selbst der Nächste, in: Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/neue-geopolitik-jeder-ist-sich-selbst-der-naechste-a-b11a5f01-901d-4d23-b67e-181d96893d13>, 2024, abgerufen am 10.11.2025.
- Katzenstein, Peter J.: Germany in an Integrating Europe, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): Tamed Power – Germany in Europe, Ithaca 1997, S. 1-48.

- Kiel Institut: Ukraine Support Tracker, <https://www.kielinstitut.de/de/themen/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>, 2025, abgerufen am 06.01.2026.
- Krell, Gert et al.: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2009.
- Lau, Jörg: The Future of the Zeitenwende: The False Choice Between Values and Interests, in: Internationale Politik Quarterly, <https://ip-quarterly.com/en/future-zeitenwende-false-choice-between-values-and-interests>, 2024, abgerufen am 10.11.2025.
- Major, Claudia et al.: Machtpolitik is Hitting Back, in: SWP Kurz gesagt, <https://www.swp-berlin.org/publikation/muenchener-sicherheitskonferenz-machtpolitik-is-hitting-back>, 2025, abgerufen am 10.11.2025.
- Maull, Hanns: Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs, 69. Jahrgang, Heft 5, 1990, S. 91-106.
- Maull, Hanns: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, in: Europa-Archiv, 47. Jahrgang, Heft 10, 1992, S. 269-278.
- Moravcsik, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization, Vol. 51, No. 4, Autumn 1997, S. 513-553.
- Morgenthau, Hans: Politics among Nations – The Struggle for Power and Peace, New York 1949.
- Nöstlinger, Nette: German parliament passes historic spending reforms, in: Politico, <https://www.politico.eu/article/germany-parliament-spending-reforms-defense-military-infrastructure-friedrich-merz/>, 2025, abgerufen am 30.12.2025.
- Rotter, Andrea: Kein Selbstläufer: Der notwendige Wandel Deutschlands strategischer Kultur, in: 49security, <https://fourninesecurity.de/en/2023/02/08/kein-selbstlaeufer-der-notwendige-wandel-deutschlands-strategischer-kultur>, 2023, abgerufen am 05.01.2026.
- Sandschneider, Eberhard: Warum moralische Außenpolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, in: Focus Online, https://www.focus.de/experts/annalena-baerbock-warum-moralische-aussenpolitik-grundlegend-zum-scheitern-verurteilt-ist_id_250561495.html, 2024, abgerufen am 10.11.2025.
- SPD: Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, 2021, abgerufen am 07.11.2025.
- Süddeutsche Zeitung: Das umstrittene Interview im Wortlaut, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ruecktritt-von-koehler-das-umstrittene-interview-im-wortlaut-1.952332>, 2010, abgerufen am 14.11.2025.
- Verantwortung für Deutschland – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD – 21. Legislaturperiode, in: Koalitionsvertrag 2025, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, 2025, abgerufen am 07.11.2025.
- Waltz, Kenneth: Theory of International Politics, Boston 1979.
- Wendt, Alexander: Anarchy is what States Make of it: The Social Construction of Power Politics, in: International Organization, Vol. 46, No. 2, Spring 1992, S. 391-425.